Die Fackel

Nr. 95 WIEN, MITTE FEBRUAR 1902 III. JAHR

[Preßreform = Reform des Erpressungsparagraphen]

Die Strafanzeige gegen die Dresdener Handelsredakteure, auf die in der 'Fackel' längst als nachahmenswertes Muster für Wiener Verhältnisse hätte hingewiesen werden sollen, ist nunmehr vom Staatsanwalt mit der folgenden Begründung abgewiesen worden:

> »Soweit in den Jahren 1888/89 von der Creditanstalt Zuwendungen gemacht worden sind — die Höhe dieser Zuwendungen und die Empfänger sind aus den Geschäftsbüchern der Creditanstalt ermittelt worden —, läßt sich der Tatbestand eines der in §§ 75 ff des Börsengesetzes vom 22. Juni 1896 behandelten Vergehen nicht begründen. Nach Versicherung des vormaligen Prokuristen und jetzigen Liquidators Hörisch, der die Zuwendungen an die Redakteure persönlich ausgezahlt hat, sind solche Zahlungen dafür erfolgt, daß bei Gründungen der Creditanstalt die Redakteure auf Grund der ihnen unterbreiteten Prospekte in ihren Zeitungen Artikel über diese Gründungen gebracht hatten. Die Prospekte sind meist so umfangreich und langatmig, daß sie vom Publikum gar nicht vollständig gelesen und noch weniger verstanden werden. Aufgabe der Redakteure war es, den in den Prospekten niedergelegten Stoff in abgekürzter, sofort faßlicher Form in das Publikum zu bringen, dabei ist aber der Inhalt solcher Preßnotizen im wesentlichen gleichlautend mit der durch die Creditanstalt in ihrem Prospekte selbst gemachten Angaben gewesen. In einem Falle ist übrigens einer der in Frage kommenden Redakteure dafür besonders entlohnt worden, daß er eine Bilanz der Creditanstalt in besonders geschickter Weise auf rascheste Art den Provinzblättern zugänglich machte. Hiernach fehlt es an einem strafbaren Tatbestande.«

Wahrlich, wenn Salomo nicht Richter, sondern Staatsanwalt gewesen wäre, er hätte weiser nicht »begründen« können. 'Die literarische Praxis', eine reichsdeutsche Fachzeitung für Journalisten, Schriftsteller, Zeichner und Verleger, der ich den Wortlaut der Abweisung entnehme, bemerkt in der 1. Nummer des 3. Jahrganges hierzu:

> »Der Herr Staatsanwalt hat juristisch ganz recht, denn er urteilt eben bloß als Jurist. Wir dagegen betrachten den Redakteur als Beamten im Dienste der Öffentlichkeit, und ein Beamter darf keine Trinkgelder nehmen, weder große noch kleine, er darf niemandem anders zu Diensten sein als seiner Pflicht. Mit der 'Beleuchtungsprobe' fängt's an, der Hundertmarkschein im kommerzien-

rätlichen Kuvert bildet den Übergang, mit Leckert—Lützow—Schmock hört's auf.«

Ob der Herr Staatsanwalt juristisch »ganz recht« hat, ist nach dem Wortlaut des § 76 des deutschen Börsengesetzes vom 22. Juni 1896 mindestens zweifelhaft. Die Bestimmung lautet:

> »Wer für Mitteilungen in der Presse, durch welche auf den Börsenpreis eingewirkt werden soll, *Vorteile gewährt* oder *verspricht* oder *gewähren* oder *versprechen läßt*, welche in *auffälligem Mißverhältnis* zu der Leistung stehen, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und zugleich mit Geldstrafe bis zu fünftausend Mark bestraft. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, der sich für die *Unterlassung* von Mitteilungen. der bezeichneten Art Vorteile gewähren oder versprechen läßt. — Der Versuch ist strafbar.«

Nur eine äußerst wohlwollende, au fonds preßfreundliche Auffassung vermöchte in irgendeinem Falle zwischen Zahlung und Leistung ein auffälliges Mißverhältnis nicht zu erblicken. Vielmehr stellt sich ein solches geradezu als die Grundbedingung des ganzen Pauschalienwesens dar. Preßliebe ist auch beim Dresdener Staatsanwalt Preßverachtung und ironische Erkenntnis, der bescheidenen ethischen Forderungen, die die Presse an sich selbst stellt. Ehrliche Publizisten müßten den Mann ob der gutmütigen Degradierung ihres Berufs verklagen, und weil er es ausdrücklich als die Mission von volkswirtschaftlichen Redakteuren bezeichnet, sich für die »besonders geschickte« Erläuterung von Bilanzen außer bei ihrem Verleger auch noch bei dem Institut, welches ihrer Kritik anvertraut ist, bezahlt zu machen.

In Deutschland hat man das Gesetz, aber es »fehlt an einem strafbaren Tatbestande«. Bei uns fehlt es *bloß* an dem Gesetz. Wäre dieses mit seiner ganzen abschreckenden Prägnanz vorhanden und würde es selbst so lax gehandhabt wie der Erpressungsparagraph unseres Strafgesetzes, wir wären die Hälfte der infamsten Preßkorruption los und ledig. Bei den großen Annoncenblättern ließe sich das Verhältnis zwischen Zahlung und Leistung noch immer schwer *kontrollieren*, aber mindestens wären die Heerschaaren der kleineren Bedränger von Banken und namentlich Versicherungsgesellschaften auf's Haupt geschlagen. Der himmelschreienden Verschwendung von Aktiengeldern an dreiste Revolvermänner, die den Gesellschaften in Ermangelung der Publizität nur mit Diskretion dienen können, wäre ein Riegel vorgeschoben. Es wäre ausgeschlossen, daß der Besitzer der 'Montagsrevue' von den dreihundert Exemplaren seiner wöchentlichen Auflage sich eine fernere Vermehrung seiner großartigen Bildergalerie leisten könnte, ausgeschlossen, daß »Witzblätter« neben den redaktionellen Schenkeln im administrativen Teil auch Prospekte unanständiger Aktiengesellschaften enthalten würden, ausgeschlossen, daß »Herausgeber«, die weniger Abonnenten als Familienangehörige haben, ein auskömmlicheres Dasein als die ältestgedienten Staatsbeamten führen könnten.

»Die gleiche Strafe trifft denjenigen, der sich für die *Unterlassung* von Mitteilungen der bezeichneten Art Vorteile gewähren oder versprechen läßt.« Die »Unterlassung« ist unter allen Umständen am schwersten nachzuweisen, und nicht jeder Besitzer eines Revolvers ist so ungeschickt, coram publico loszudrücken. Aber dafür müßte wenigstens in jenen Fällen, wo der Herr Redakteur wirklich so entgegenkommend war, der Staatsanwalt dankbar sein, und er hätte selbst auf Grund unseres Strafgesetzes ein Recht auf neugierige Untersuchung, warum der Herr Redakteur, der in der letzten Nummer versprach, in der nächsten »auf den Fall zurückzukommen«, in dieser den gespannten Lesern ganz andere Fälle, auf die er aber auch erst »zurückkom-

men« wird, zum Besten gibt. Daß Versprechen und Enttäuschung in *einer und derselben* Nummer Platz finden können, hat bis heute meines Wissens bloß das Beispiel des Herrn Scharf gezeigt. Versprechen und Enttäuschung, Bedrohung und Befriedigung —: nie hat ein publizistisches Organ bis dahin und seither in ähnlich kulanter Weise rückhaltlosen Aufschluß über seine Bestrebungen erteilt, wie das des Herrn Scharf am 14. Dezember 1896, also just in dem Jahre, da das deutsche Börsengesetz zustande kam. Ich habe den in der Pauschaliengeschichte einzig dastehenden Fall schon in Nr. 33 der 'Fackel' besprochen, aber ich stehe nicht an, auf ihn, zum Zwecke der Dämpfung des Hochgefühls, dem sich Herr Scharf neuestens überläßt, »zurückzukommen«. Der Eigentümer der 'Sonn— und Montagszeitung' ist seltsam verwandelt; er spricht seit Monden von »Integrität in Finanzsachen«, von Börsenschwindel und Volksausbeutung, und ist — man kann es nicht mehr (Herr Scharf verzeihe das ungewohnte Wort) verschweigen — ein enragierter Antikorruptionist geworden. Dreißig Jahre sah er dem wüsten Treiben zu, und in einer ethischen Wallung rief er, die früher offene Hand zur zornigen Faust geballt: »Ich hab' genug!« Jetzt, da er genug hat, übt er allwöchentlich scharfe Finanzkritik. Als alter Mann aber erinnert er sich gewiß an die Anfänge seiner volkswirtschaftlichen Tätigkeit, an die publizistischen Errungenschaften des großen Krachjahres, besser als an das, was sich unmittelbar vor dem Wandel seiner Anschauungen begeben hat. Darum wird ihm die neuerliche Unterbreitung der Nummer vom 14. Dezember 1896 nicht unwillkommen sein. Auf Seite 6 fand sich da der gewöhnliche »Sonntagsbrief vom Schottenring«, und siehe, er enthielt die folgenden Untertitel (sogenannten »Köpfe«): »Eine günstige Wendung. — Die Kommunal—Wirtschaft. — Wien—Berlin. — *Goldminenschwindel*«. Der Artikel ist ungewöhnlich kurz und schließt mit der Betrachtung über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Wien und Berlin. Aber dem »Sonntagsbrief« — man wird gleich sehen, daß er sich mit einem Geldbrief gekreuzt hat — folgt eine Notiz in kleinerem Druck, betitelt »Siebenbürger Goldbergbau«. Sie bespricht den Prospekt der »Fortuna«, Goldminen—Aktiengesellschaft. Sie versichert, daß die Gründer dieser Gesellschaft — die Herren waren am Tage des Erscheinens noch auf freiem Fuße — ihre Aufgabe »mit der möglichst größten Sorgfalt und Umsicht gelöst« haben; es sei zu hoffen, »daß dieses Goldbergwerk sich in kurzer Zeit den einträglichsten Goldbergwerken der Welt an die Seite stellen werde.« Und über die volle Seite 11 dehnt sich — siehe — der gewiß noch weitaus einträglichere Prospekt der Goldminen—Aktiengesellschaft »Fortuna«. Soweit wäre alles in der schönsten Ordnung gewesen, wenn nicht der unselige Korrektor, der seine Aufgabe mit viel weniger »Sorgfalt und Umsicht« gelöst hatte als die Gönner von der »Fortuna«, das verdammte Wörtchen »Goldminen*schwindel*«, das uns für alle Zeiten von einem unerfüllten Versprechen des Herrn Scharf Kunde geben wird, stehengelassen hätte. Der Angriff: *rechtzeitig* vernichtet; aber der »Kopf«, der böse Kopf! Wo hatte der Korrektor des Herrn Scharf nur den seinen? Und das deutsche Börsengesetz wäre so grausam, eine einfache Schlamperei, die tagtäglich in *allen* Redaktionen vorkommen kann, gleich mit Gefängnis bis zu einem Jahre zu bestrafen! Es erwähnt die *Unterlassung* von Mitteilungen, für die *Vorteile* gewährt werden. Und wahrlich, hier würde nicht einmal der Dresdener Staatsanwalt sagen können, Herr Scharf habe bloß in »*besonders geschickter* Weise« irgend etwas dem Publikum nicht zugänglich gemacht ...

Wir unverbesserlichen Reaktionäre sind nach den Erfahrungen mit der reichsdeutschen Praxis selbst gegen die Überwachung von Handelsredakteuren durch ein Börsengesetz mißtrauisch. Wir setzen unsere patriotische Hoff-

nung auf ein kommendes *Strafgesetz* und auf eine Ausgestaltung des Erpressungsparagraphen. Der Tatbestand der Bedrohung ist, wie schon einmal hier betont wurde, gegeben, wenn die bedenkenlose Annahme von Benefizien aus der Hand desjenigen, der sie fürchtend gewährte, vorliegt, ja die stillschweigende Duldung des Glaubens, die publizistische Macht könnte je anders als im öffentlichen Interesse gebraucht werden. Es müssen nicht immer Bürstenabzüge aus der Druckerei in das Haus des Angegriffenen wandern. Die *passive Erpressung*, jene, die sich durch Winke und allerlei Signale der Zunft vernehmlich macht, ist von jedem willigen, nicht auf Reklamenotizen bedachten Staatsanwalt zu erweisen ... Seit Jahren wird in Parlamentskreisen, hoffend und bangend, von einer bevorstehenden *Preßreform* gesprochen. Die wahre Preßreform, die wir zum Wohl einer verschüchterten, in Furcht vor der Druckerschwärze erzogenen Öffentlichkeit herbeisehnen, ist die *Reform des Strafgesetzes*.

* * *

[Die Zuckerwucherer]

Die Gewinne des Zuckerkartells sind bedroht. Der österreichische Konsument entrichtete bisher dem Kartell bei jedem Kilogramm Zucker eine Steuer von 20 Hellern, und von den 38 Hellern die der Staat als Zuckersteuer einhebt, wurden weitere 6 Heller — in der Form von Ausfuhrprämien — an die Zuckerfabrikanten abgeführt. Jetzt fordert England die Abschaffung der Ausfuhrprämien und die Ermäßigung des auf den Zucker gelegten Prohibitivzolls. Würde es diese Forderungen durchsetzen, so könnte der österreichische Staat die Zuckersteuer um jene 6 Heller, die er gegenwärtig an die Zuckerindustriellen weitergibt, verringern, und das Kartell wäre durch die Gefahr ausländischer Konkurrenz gezwungen, sich mit einem bürgerlichen statt eines Wucher— oder Monopolgewinns zu begnügen. Der Zuckerpreis in Österreich könnte von 84 auf etwa 62 Heller herabgesetzt werden; und dabei erführe der Staat nicht nur keine Einbuße an Steuereingängen, sondern er hätte infolge der Vermehrung des Zuckerverbrauchs eine Erhöhung der Zuckersteuereinnahmen zu erwarten, die die Verminderung der von Zuckerfabrikanten entrichteten Erwerb— und Einkommensteuern bei weitem überträfe. Den Zuckerindustriellen aber drohte nichts, als daß ihr Kapital sich nicht mehr mit dreißig, sondern bloß mit zehn Prozent verzinsen könnte. Freilich ist es mit der Abschaffung der Ausfuhrprämien und der Zollermäßigung allein nicht getan: denn sicherlich würden die Zuckerfabrikanten — sie haben es bereits angekündigt — mit aller Macht, über die ein Kartell verfügt, den Kartellgewinn verteidigen und, wenn sie künftig nicht mehr die Konsumenten ausbeuten könnten, umso ärger die rübenbauenden Landwirte ausbeuten, sie zwingen, die Rübe zu Schleuderpreisen zu verkaufen. Vor allem tut also ein Kartellgesetz not, wenn nicht die Absicht, den Konsumenten zu nützen, zu schwerer Schädigung der Landwirtschaft führen soll. Und die rübenbauenden Landwirte in Böhmen haben denn auch als ihre hauptsächlichste Forderung proklamiert: daß das Zuckerkartell unter Staatsaufsicht gestellt werde.

Damit hat es indes wohl gute Wege. Wer kann ernstlich an einen Einfluß des Staats auf das Zuckerkartell denken, da doch der Einfluß des Kartells auf den Staat klar zutage liegt! Es genügt, damit man diesen Einfluß richtig schätze, aus dem Verzeichnis der Zuckerfabriks—Aktiengesellschaften einige Namen von Verwaltungsräten hervorzusuchen. Da findet man neben den Großindustriellen v. *Schoeller* und v. *Stummer* einen Baron *Coudenhove*, einen Grafen *Nostitz*, einen Fürsten *Czartoryski*, die Prinzen *Thurn und Taxis*

und *Hohenlohe—Langenburg*; da liest man, daß an der Zuckerindustrie und dem Zuckerhandel die Creditanstalt, die Länderbank, der Wiener Bankverein, die Anglo—österreichische Bank und die Unionbank beteiligt sind; und da sind auch die Abgeordneten *Chiari*, *v. Klein*, *Primavesi* und *v. Proskowetz* genannt. In dieser Reihe parlamentarischer Kartelliten vermißt man Herrn *Auspitz*, den gewaltigsten der Zuckerverteuerer. Er gehört keiner Zuckerfabriks — Aktiengesellschaft an, aber die Rohatetz—Bisenzer Zuckerfabriken von Rudolf Auspitz & Co. produzieren mehr als irgend eine der Aktiengesellschaften. Die parlamentarischen Dienste des Herrn Auspitz sind für das Kartell umso wertvoller, weil er scheinbar außerhalb des Kartells steht. Er hat sogar vor Jahren öffentlich die Kartelle bekämpft und erst in den letzten Tagen wieder in der 'Neuen Freien Presse' versichert, daß er dem Zuckerkartell nicht angehöre. Daß er jedoch die vom Kartell verfügte Produktionseinschränkung trägt und zu den Kartellpreisen verkauft, ist allgemein bekannt. Weniger bekannt ist, daß sich Herr Auspitz durch Handschlag als Mitglied des Kartells verpflichtet hat und daß er ebenso wie alle anderen Zuckerfabrikanten zu dem *Dispositionsfonds* des Kartells beiträgt, aus dem die Anteile der Rohzuckerfabriken und die Beteiligung der Revolverpresse bestritten werden. Nur zieht es Herr Auspitz vor, anstatt als Helfershelfer vielmehr als »unbekannter Wohltäter« des Kartells bekannt zu werden, und so wird unter dieser Marke seine Beisteuer zum Dispositionsfonds alljährlich als Spende an das Pensionsinstitut der Zuckerfabriksbeamten verzeichnet. Aber seltsam: Dieselbe Presse, die so viel Begeisterung produzierte, als Herr Auspitz der »Lucina« 100.000 Kronen spendete, verschweigt seit Jahren, daß der wohltätige Mann nahezu die gleiche Summe Jahr für Jahr den »Zuckerfabriksbeamten« schenkt.

Allerdings kann diese Presse dem Pensionsfonds der Zuckerfabriksbeamten das »Geschenk« gern gönnen. Denn auch der Pensionsfonds der »Concordia« darf die Wohltätigkeit des Zuckerkartells loben und zwischen Pauschalienmännern und Kartelliten bestehen jene engen Bande, die das Geheimnis stiftet. Der 'Neuen Freien Presse' ward hier kürzlich nachgesagt, daß sie am Zuckerkartell bisweilen treubrüchig geworden sei, Nachrichten veröffentlicht habe, die ihr nicht vom Kartell zugingen. Jetzt hat sie ihre Vertragstreue glänzend bewiesen. Tag für Tag kam einer der Zuckerwucherer in den Spalten des Blattes zu Worte, und über eines der wichtigsten Probleme unserer Volkswirtschaft wurde keine redaktionelle Meinung kundgetan, keines einzigen Volkswirtes Meinung erfragt. Wird die 'Neue Freie Presse', wie schon so oft in wirtschaftlichen Fragen, auch, diesmal die Entscheidung der Regierung beeinflussen? Die Gegner des Blattes dürfen beruhigt sein. Des Einflusses der 'Neuen Freien Presse' bedarf es diesmal nicht. Das Zuckerkartell besticht die Concordiapresse nicht zu dem Zwecke, damit sie durch Argumente die Regierung besteche. Zum Wohlwollen der Regierung hat es, wie die 'Fackel' zu verraten in der Lage ist, einen kürzeren Weg gefunden. *Der Preßfonds des Zuckerkartells subventioniert den Preßfonds der Regierung.*

* * *

[Lloyd und Regierung]

Die Regierung zittert vor dem »Österreichischen Lloyd«, und in solcher Angst sind kürzlich zu Triest die Gewehre losgegangen. Naive Leute finden das unbegreiflich. Die Regierung, behaupten sie, mußte den Lloyd zur Nachgiebigkeit gegen seine streikenden Arbeiter ermahnen, und die Regierung, die den Präsidenten und zwei Verwaltungsräte des Lloyd ernennt, kann ihrer Mahnung doch auch Gehör verschaffen. Das ist jedem plausibel, der nicht weiß, daß das Ernennungsrecht der Regierung bei Aktiengesellschaften,

weil es seinem Zweck entfremdet, zur Versorgung ausgedienter Staatsbeamten ausgeübt wird, in allen Fällen die Staatsverwaltung von jener der Privatunternehmungen abhängig macht. Kein Wunder, daß auch Gesellschaften, die nicht verpflichtet sind, die Wünsche der Regierung bei der Wahl von Verwaltungsräten zu erfragen, sich erpicht zeigen, ihnen zu willfahren und die Sicherheit dafür einzutauschen, daß die Hoffnung auf ihre Gegendienste künftig den Eifer im Staatsdienst zügeln wird. Herr v. Taussig hat für zwölf Kinder zu sorgen und sorgt gern noch für anderthalb Dutzend Staatsbeamte. Aber auch Herr Jeitteles hält sich Staatspensionäre und sieht mit Freuden die Verwaltungstalente der Exminister *v. Guttenberg* und *v. Jendrzejowicz*, die einst in der Öffentlichkeit bezweifelt wurden, in der Stille sich entfalten. Man braucht nicht lange nach Gründen zu suchen, um die Wahl der Herren v. Guttenberg und v. Jendrzejowicz zu rechtfertigen: bei der Nordbahn sind wichtige strategische und galizische Interessen zu wahren, und nichts ist natürlicher, als daß dazu der ehemalige Chef des strategischen Eisenbahndienstes und der vormalige Minister für Galizien berufen werden. Und mit ebensoviel Recht kann man sagen, daß der Präsident der Seebehörde, die Sektionschefs des Handelsministeriums und der Statthalter von Triest die geeignetsten Anwärter auf Verwaltungsratsposten beim »Österreichischen Lloyd« sind. So findet man dort auch richtig Herrn *Becher* als Präsidenten und die Freiherren v. *Kalchberg* und v. *Rinaldini* als Verwaltungsräte. Wahnsinn wäre es, zu behaupten, daß ihre Nachfolger im Staatsdienste ihnen auch beim Lloyd nachzufolgen hoffen. Aber in diesem Wahnsinn könnte ein Argwöhnischer leicht eine österreichische Methode zu erkennen glauben … †

* * *

[Kaufleute und Spekulanten]

Die Concordia—Presse weiß sich nicht Rat; sie sollte, da die Handelskammerwahlen vollzogen werden, für die freisinnigen Industriellen und Händler eintreten, aber just jetzt erklärt sich das Zentralwahlkomitee der freisinnigen Kaufleute und Fabrikanten als Gegner der Börse. Unsere Industriellen bestreiten, daß ihr Wohl und Wehe von steigenden und fallenden Kursen abhängig ist, die Vermittler der Güterverteilung verwahren sich gegen die Verwechslung mit dem Spekulantentum, dessen Wetten als Handel ausgegeben werden sollen, weil sie nicht über die Schnelligkeit von Pferden und die Geschicklichkeit von Jokeys, sondern über die Preise von Kreditaktien oder Weizen und die Fixigkeit der Fixer geschlossen werden. Gewerbetreibende und Händler sind es satt, daß man ihr Schicksal immer nur auf die eine, die Börsenkarte setzen will. Und unbekümmert um den Vorwurf reaktionärer Gesinnung, den die Börsenjournalistik noch keinem erspart hat, der an der Berechtigung des Terminhandels zweifelte, hat jenes freisinnige Zentralwahlkomitee die beiden Vorkämpfer des Getreideterminhandels, die Herren *Weiss v. Wellenstein* und *Schwitzer*, aus der Liste der Handelskammerräte gestrichen, deren Wiederwahl es empfiehlt. Man stößt einen Mitarbeiter des »Economist« zurück, man lehnt den Mann ab, der sich rühmt, die meisten Prämiengeschäfte gemacht zu haben! Was wird der Börsenwöchner dazu sagen? Als trautes Symbol durfte es bisher gelten, daß die Handels— und Gewerbekammer im Hause der Börse zu Gaste wohnt. Und nun soll nichts mehr als der räumliche Zusammenhang bestehen bleiben und der geistige, der die Börsenmänner in der ungewohnten Rolle des Wirtsvolks sich fühlen ließ, gelockert werden? Da möchten die Besucher der Getreidebörse doch gleich mit Dreschflegeln dreinfahren! Zum Glück sind auch die Dreschflegel, wie alles, was mit dem Getreide zusammenhängt, bei der Getreidebörse nur bildlich zu nehmen. Herr

Weiss v. Wellenstein zürnt still und Herr Schwitzer redselig. Beide hoffen, daß sie schließlich doch noch gewählt werden. Aber für Herrn Schwitzer ist uns bang. Der Mann wirbt in einem Zirkular um das fernere Vertrauen der Wählerschaft und ruft: »Meine Ehre sei Ihnen Bürge dafür, daß ich es zu rechtfertigen stets bemüht sein werde«. Wird diese Bürgschaft Wählern genügen, die sich des Unterschiedes zwischen kaufmännischer und Spielerehre endlich bewußt geworden sind?

An der Getreidebörse hat, so wird berichtet, das Vorgehen des Zentralwahlkomitees arg verstimmt. Die Börseaner sehen die Zeit herannahen, in der die Blüte des Papierweizens dahinwelkt, man ist flau, und sentimentale Börsenhumoristen prophezeien im Stile Wippchens, stärkere Nachfrage werde bald nur mehr nach dem Korn herrschen, in das die Spieler die Flinte werfen werden. §

* * *

[Herr v. Beck und der Terminhandel]

Herr v. Koerber will jetzt doch eine Verschärfung des Gesetzentwurfs über den Getreide—Terminhandel zugestehen. Und schließlich würde sich die Börse auch das schärfste Gesetz gefallen lassen, wenn es nur ebenso undurchführbar ist wie das deutsche Börsengesetz. Die Börse mag ruhig sein: welches immer der Wille der Regierung ist, an ihrem gesetztechnischen Nichtkönnen ist nicht zu zweifeln. Eingeweihte behaupten, der Sektionschef *v. Beck* habe gar nicht geahnt, daß der im Abgeordnetenhause eingebrachte Gesetzentwurf für die Börse weit günstiger ist als der gegenwärtige Zustand. Freiherr v. Beck sei durchaus kein enragierter Börsenfreund und seine Absichten seien viel richtiger als seine Ansichten. Dem nicht untüchtigen Mann mangelt es nur an Verständnis für die vielfachen Aufgaben, die eine höchst ehrenwerte Vielgeschäftigkeit ihm gestellt hat, seitdem er der geistige Leiter des Ackerbauministeriums geworden ist. Nichts ist begreiflicher. Herr v. Beck hat allzu lang auf niedrigen Posten geweilt und dann, nachdem er sich als juristischer Lehrer des Erzherzogs Franz Ferdinand bewährt hatte, allzu rasch den höchsten erklommen. Dem guten Willen, die Berechtigung der schnellen Karriere nachzuweisen, entspricht nicht die Fähigkeit. So sucht er wenigstens den Schein von Leistungen zu erwecken, ist zuerst Feuer und Flamme für die Terminhandels—Enquete und ist nachher recht kühl, wenn sie zu praktischen Wirkungen führen soll. Aber da jetzt die Erregung der Landwirte seinen guten Ruf in Frage stellt, scheint er sich endlich in das Problem des Terminhandels vertieft zu haben, und seine Freunde behaupten, an ihm werde die Abschaffung nicht scheitern. Eines ist gewiß: wenn der Terminhandel weiterbesteht, dann wird die Karriere des Herrn v. Beck mit einem Marsch—Marsch! enden, das ihm die Landwirtschaft zurufen wird. †

* * *

Potschacher Typhus

Herr Dr. Schmock erhielt in einer nebeligen Sechsuhrstunde vom Chef—Redakteur den ehrenvollen Auftrag, die Gemeinderatsmehrheit, deren Popularität bereits sichtlich im Rückgang begriffen ist — Herr Lueger »wird älter« und verhaspelt sich beim Reden bereits mit der Zwickerschnur —, noch weiter aus dem Zenit zu drängen, und zwar sogleich im nächsten Morgen-

blatt. Da der Tramwaykrieg erst kürzlich siegreich ausgefochten war und die Lobmeyrschlacht im vollen Gange tobte, gab es Zweifel darüber, von welcher finanziellen oder technischen Angriffsseite die nächste Niederlage zu holen wäre. Der Chef—General meinte, man könne nicht wieder die Rathauskellerseite angreifen; auch die Koks— und Gasfront enthüllte zur Zeit keine Bresche. Zudem besorgte ja dort ein gewisser Herr Zifferer durch falsches Addieren von Bilanzposten die Niederlage ohnedies vortrefflich. Aber *ein* Angriff mußte in unserer Zeit der Flottenrüstungen modern anmuten, nämlich der auf die Wasserfront, zumal da der Gerichtssaalreporter allerlei brauchbare Petarden: Potschach, Abwässer, Abdeckerei, Schlamperei etc. aus dem Prozeß Djörup herbeigeschleppt hatte. Der Chefredakteur entschloß sich daher nach einigen gedankenlosen Überlegungspausen, den Befehl zum Angriff auf die Wasserfront zu geben. Was verschlug der Gedanke, daß es eigentlich die Mängel desselben Potschacher Schöpfwerkes, welches gegen Luegers scharfe Opposition von den Liberalen erbaut wurde, sind, die jetzt gegen Lueger ausgenützt werden sollen? Was verschlägt's, daß man zudem wenige Wochen vorher das Kommunalanlehen, das auch zur Erbauung der zweiten Hochquellenleitung dienen soll, aufs heftigste bekämpft und dem Bürgermeister vorgehalten hat, die Wasserleitung sei kein produktives Werk? — —

— — — Der Auftrag erzeugte im Gehirne Schmocks das spezifische Gewicht von Blei. Er fühlte sich unbehaglich, in die Untiefe eines technisch—hygienischen Gebietes versetzt ... woher sollte er jetzt zur Abendwende die nötigen Sachkenntnisse entlehnen? Er empfand sogar einen flüchtigen Augenblick hindurch so etwas wie Verantwortlichkeit! ... Aber der hätte vergebens »seinen Beruf verfehlt«, der sich durch gelegentliche Gewissensbeklemmungen anfechten ließe ... Schmock erinnert sich, daß der ehemals oftgenannte Pettenkofer das Wasser als die Ursache der Typhusepidemie bezeichnet und ein andermal ein Salzstängelchen gleichzeitig mit einem Kubikzentimeter Cholerabazillen ungefährdet gegessen habe. Schmock erinnert sich auch mit Wohlbehagen, daß er selbst infolgedessen seinerzeit in einem aufsehenerregenden Artikel die Cholera als nicht existierend kühn aus dem Dasein gestrichen hatte. Und weiter hatte er im Jahre 1892 auf Grund seiner von Pettenkofer entliehenen Erfahrungen gesagt, daß die Beimischung von Wasser aus dem Potschacher Schöpfwerk die damalige Typhusepidemie hervorgerufen habe. Da nun zu jener Zeit noch keine 'Fackel' derlei Artikel bis auf die morschen Knochen durchleuchtete — es waren doch noch schöne alte Zeiten —, so hatten die übrigen Blätter ihn, Schmock, mit Pettenkofer verwechselt, sie hatten alle übereinstimmend den Typhusherd in Potschach gefunden. Aus jener Zeit datiert auch der Weltruhm, dieses harmlosen Ortes. Zwar gelang es dem Professor Weichselbaum, die erregte Bevölkerung durch den Nachweis der tadellosen Qualität des Wassers zu beruhigen; indes, heute ist diese Untat Schmocks schon längst dem Gedächtnis der Mitwelt entschwunden, und zudem liegt ja die Mitteilung des berühmten Bakteriologen und Baumeisters Djörup vor, der offenbar durch mikroskopische und chemische Analysen das massenhafte Vorhandensein pathogener Keime im Wasser nachgewiesen hat, aber diese Forschertat im kommunalen Geheimprotokoll begraben mußte.

Unter dieser Voraussetzung bombardiert der sonst so Voraussetzungslose mit durchschossenen Lettern das Rathaus von der Wasserfront, bedroht Wien mit dem Unterleibstyphus und verwandelt sich im Nu in den »Retter«, weil er zugleich mit einer Wendung in die Arzneipolitik das einzig mögliche Heilmittel: liberale Gemeinderatswahlen, anzupreisen weiß.

Fatal für Herrn Dr. Schmock ist es, wie ich zu meinem Leidwesen konstatieren muß, daß nach den bisher bekannt gewordenen Analysen der Profes-

soren Gruber und Weichselbaum [1] das Mischwasser in Wien, aus der Leitung entnommen, auch zur Zeit der Typhusepidemie 1892 nur 14 — 75 Keime in einem Kubikzentimeter enthielt, hingegen z. B. das Trinkwasser aus den Pariser Leitungen durchschnittlich 1110 — 1930 Keime in jedem Kubikzentimeter aufweist (Siehe Dr. Weyls »Assanierung von Paris«, 1900). Wie merkwürdig, daß der Pariser Kollege, Herr Frischauer, gerade in diesem Keimreichtum Seine—Babels die Grundlagen für ein fröhliches Gedeihen und für materielles Wohlbefinden besitzt. Seine üppige Berichterstattung erzeugt allerdings bei den Lesern mitunter Krämpfe.

Professor Victor Loos.

Tage des Taumels . . . .

Herr Hermann Bahr hat schwere Tage überstanden. Dieser aller Berechnung weltenferne Mann, dessen Empfindungsleben nicht etwa auf den Nachweis, daß er früher geschriebene Volkstheater—Urteile mit Rücksicht auf das Tantiemengeschäft nach Jahren gefälscht hat, sondern nur auf den Anblick einer alten Vase reagiert, lag drei Wochen im Fieber. Zuerst kam Sada Yacco und tat es ihm an. Mit ihr Loie Fuller, die ihre Bewegungen wie »glühende Melodien« auf ihn wirken ließ. Als aber gar Isidora Duncan in ein Zimmer des Hotel Bristol trat, da war's um ihn geschehn. Da jedes Fieber, das Herrn Bahr befällt, zuerst immer den um viele Jahre älteren Hevesi ansteckt und in weiterer Folge die ganze Schar von Kritikern, die an sich der Empfänglichkeit für Kinderkrankheiten noch nicht entwachsen sind, so machte alsbald das geistige Wien den Eindruck einer Stätte, auf der die aus fremden Kulturen bezogene Seuche so manche sonst gesunde Besinnung dahingerafft hatte. Den wenig widerstandsfähigen Bahr hatte es vor allen anderen. Er begann nach Fremdworten zu schnappen, rief Arsene Alexandre, Carabin und die Angela von Foligno und delirierte: Sada Yacco ist wie aus Kristall, sie hat eine Stimme, wie sie eine Blume haben müßte, eine von den ganz klein, ganz hell, ganz zart blühenden Blumen, die auf hohen Bergen in der dünnen Luft wachsen ... Und wie Franz Moor im Wahnsinn seinen Daniel beschwört, ihn ob seiner Phantasien recht tüchtig auszulachen, rief unser Patient, nicht ahnend, daß schmerzliches Mitleid den Leser des 'Neuen Wiener Tagblatt' erfüllte: »Man wird mich auslachen, ich weiß!« Er zeigte auf Kawakami und bemühte sich, die grandiose Mimik dieses Japaners den stumpfsinnigen Mitteleuropäern zu erläutern; aber es stellte sich heraus, daß der arme Kawakami selbst leidend war, nämlich an Veitstanz. Aufopfernde Freunde trugen Herrn Bahr in das Hotel Bristol, wo ein eben angekommener Passagier, Fräulein Isidora Duncan, eine Separatvorstellung in griechischen Linien gab, und erhofften von diesem stärksten Gegengift, das zur Zeit in Wien vorrätig war, eine beru-

1 Untersuchung Weichselbaum's vom 27. August — 2. Sept. 1892 und vom 12. Okt. — 18. Okt. 1892. Vergl. ferner Gruber's Untersuchung anläßlich der Typhusfälle im Frühjahr 1900, nach welcher das Wasser als »tadellos« und bakteriologisch als »vollkommen zufriedenstellend« bezeichnet wurde. Näheres in »Die Wasserversorgung etc. in Wien«, S. 123 — 124, ersch. 1901. Die Veröffentlichung erfolgte unter Hinweis auf die »vielfachen Anfeindungen«, womit natürlich das Verhalten der Presse gemeint war. [KK]

higende Wirkung auf die Psyche des vordem so rüstigen Mannes, der eben unter Erscheinungen einer akuten Serpentinvergiftung vor Loie Fuller darniederlag. Weit gefehlt! Kaum hatte Bahr die Duncan erblickt, so rief er auch schon aus: Man wird sich diesen Namen, der wie eine Ballade klingt, merken müssen! Er beteuerte, eine griechische Vase habe sich belebt, er »erblicke Musik« und fühle sich in eine »rein geistige Region entrückt«; denn diese Dame sei keine Dame, sie sei »eine Linie«. Da beugte sich Isidora Duncan zu ihm und meinte bescheiden, sie sei es noch nicht ganz, aber sie habe den Ehrgeiz, »vollkommen zur Linie zu werden«. »Und sie sah mit weiten, verlorenen Blicken wie in eine schimmernde Ferne hinaus« ... Dasselbe wiederholte sich, als Miß Duncan in der Sezession tanzte. Hier gab Bahr plötzlich eine Konferenz von sich, wovon bekümmerte Freunde eine Erleichterung erhofften. Dafür stöhnte Herr Hevesi:

> »Eine neue Möglichkeit der Andacht kündigt sich an ... Sie tanzt mit bloßen Füßen und Beinen ... Sie bot so viel ewig Verständliches, niemals Mißzuverstehendes ... Sie abstraktifizierte den Schmerz in einer Kurve ... Sie hat eine Illusion gegeben, man weiß nicht recht, von was, aber eine reizende Illusion, für die man ihr dankbar ist ... (lallend): Ein hochelegantes, ja sogar schon höchst hochelegantes Publikum war anwesend.«

Und in der Tat, in der vordersten Reihe saß der Minister für Kultus und Unterricht, Herr v. Hartel, der sich, nachdem er die Universitätssorgen des Tages hinter sich hatte, erst hier, in der Nähe Miß Duncan's, in eine »rein geistige Region« entrückt fühlte. Da sich freilich eine neue Möglichkeit der *Andacht* ankündigte, ist der Zusammenhang der amerikanischen Tänzerin wenigstens mit dem einen Ressort des Herrn v. Hartel verständlich. Oder war er in seiner Eigenschaft als philologischer Sachverständiger erschienen, weil er in der 'Neuen Freien Presse' gelesen hatte, daß Fräulein Duncan »Theokrit und Ovid tanze«? Mein Gott, was tanzen diese exotischen Damen nicht alles! Weil die Elssler die Unvorsichtigkeit beging, Goethe zu tanzen, müssen wir die Versicherung hinnehmen, daß die Loie Fuller Besnard und die Saharet gar Hermann Bahr tanzt. Der eine erinnert sich an Dante Gabriel Rossetti, der andere an Khnopff, der dritte an Toorop ... Aber die Amerikanerin ist am Ende so grausam, die Kritiken, die ihr hier die Spekulanten des Schwachsinns und der Empfindsamkeit zu den nackten Füßen legten, auf ihre Reisen mitzunehmen. Auch der mißtrauischeste Zeuge ihrer späteren Triumphe wird ihr *eine* Fähigkeit zugestehen müssen, die in sämtlichen Berichten der zur Privatsoiree der Miß Duncan kommandierten Wiener Kunstkritiker hervorgehoben ward: Sie kann sich die Strümpfe ausziehen.

* * *

[Ein Fachorgan]

Die Kulissenschnüffelei ist bisher bloß in den anrüchigen »Rubriken« der Buchbinder, Landesberg und Stern gepflegt worden, und von dem Badezimmer der Odilon und der Hosenrolle der Opernsängerin, die das Mieder nicht lassen wollte, haben wir es glücklich — Dank dem neckischen Verräter vom 'Fremdenblatt' — bis zur Kenntnis der Tatsache gebracht, daß Herr Korff infolge des hohen Stehkragens, den er bei der Darstellung eines Gigerls tragen mußte, einen »Furunkel« bekommen hat. Aber dieses aufklärungswütige Zeitalter stellt mit jedem Tage erhöhte Ansprüche an seine publizistischen Wortführer. So hat sich denn die Notwendigkeit ergeben, all' dem Wissenswerten, das wir bisher verstreut da und dort finden und von den verschie-

densten Bildungsstätten zusammenlesen mußten, ein eigenes Organ zu schaffen. Wer also ungeduldig auf den Samstag (Buchbinder), auf den Sonntag (Stern) und auf den Montag (Landesberg) gewartet hat, um Authentisches über den wahren Grund der Unpäßlichkeit einer Hofschauspielerin zu erfahren oder wenigstens aus dem verschmitzten Blinzeln des indiskreten Schelms zu erraten, der kann jetzt, was er gerne schwarz auf weiß besitzen möchte, in einem einzigen Heftchen nach Hause tragen. '*Theater und Brettl*' lautet der Titel der neuen »Halbmonatsschrift«, die von einem Herrn Leo Stein herausgegeben wird. Der Herr ist wohl identisch mit jenem Leo Stein, der im Bunde mit Herrn Landesberg dem Geschmack der Wiener die tantiemenreiche Schmach des »Süßen Mädel« zugefügt hat. Man darf es, nach dem »Programm« des Blattes, das sich eine Zeitschrift »für Theater und Kunst« nennt, getrost vermuten. Das Programm hat, wie aus den übereinstimmenden Empfehlungsnotizen der liberalen Tagespresse hervorgeht, der Herausgeber selbst mit seltener Aufrichtigkeit folgendermaßen formuliert:

> » Mehrere *pikante* Plaudereien aus dem Theaterleben sorgen für die Unterhaltung jenes großen Teiles des Publikums, welcher auch *für das Leben der Künstler außerhalb der Bühne* Interesse empfindet.«

Kurz und gut— ein Fachorgan für Eingriffe in das Privatleben wehrloser Schauspielerinnen.

* * *

[Der Briefwechsel der Herren Kalbeck und Triesch]

Es ist traurig, daß es erst des »Komplott«—Skandals bedurfte, um Herrn Friedrich Gustav *Triesch* als einen der ödesten Geister des heimischen Literaturlebens zu agnoszieren. Ich habe das »Komplott« nicht gesehen, aber schlechter als die »Nixe«, der »Hexenmeister« und der »Liquidator« wird es auch nicht gewesen sein. Die Zaghaftigkeit der Wiener Kritik, die das Geständnis des »Komplott«—Durchfalls Herrn Triesch nicht anders als mit dem tröstenden Hinweis auf jene Meisterwerke servieren zu dürfen glaubt, ist wahrhaft rührend. Die Verpflichtung jedes Burgtheaterdirektors, ein Stück des langweiligsten Wiener Erwerbsdramatikers aufzuführen, scheint eines der Hausgesetze unserer Hoftheater zu sein; anders ist die perverse Beharrlichkeit, mit der dieser humorverlassene Dilettant immer wieder zur Bekämpfung der Faschingslaune auf die Bretter losgelassen wird, nicht zu erklären. Man möchte nun glauben, daß eine sich selbst achtende Kritik bei solchen Gelegenheiten mit einem Fußtritt ihr Auskommen finden könnte. Wenn nach zwei Jahrzehnten literarischer Revolution auf der Bühne eines führenden Schauspielhauses Stottern und Radebrechen den Inhalt eines Lustspieles ausmachen, so würde — möchte man meinen — ein kurzer und kräftiger Ruf nach Entfernung des modern—literarischen Direktors jede weitere »Inhaltsangabe« und »Analyse« reichlich ersetzen. Aber glücklicherweise haben wir noch vornehme Kritiker, die sich selbst von Herrn Triesch die Freude am Ästhetisieren und Feuilletonschwätzen nicht trüben lassen. Herr Max *Kalbeck* hat sich sogar in einen Briefwechsel mit dem »Lustspieldichter» eingelassen, in den er mit unverzeihlicher Indiskretion den Abnehmern des 'Neuen Wiener Tagblatt' Einblick gewährte. Immerhin, einen Vorteil hatte dieser öffentliche Austausch voll Komplimenten und höflich bedauerndem Tadel zwischen zwei gleichgestimmten Geistern: keine direkte Kritik hätte uns die Langweile des Triesch'schen »Komplott« so gut suggerieren können, wie dieses Komplott der Herren Triesch und Kalbeck gegen die ahnungslosen Leser des 'Neuen

Wiener Tagblatt'. Leider muß ich Herrn Kalbeck auf einen Widerspruch aufmerksam machen. In einer Vornotiz hatte er mit unendlicher Ausspinnung eines trivialen Bildes geschrieben:

> »Wer zu einem Champagnerabend einladet, darf den Gästen keinen Schaumwein geringer Sorte vorsetzen. Die Ingredienzien eines solchen schlecht imitierten Sekts auf das neue Lustspiel von Friedrich Gustav Triesch bezogen, so besteht 'Das Komplott' aus dem leichten Landwein, den Benedix & Comp. rein einzuschenken pflegten, hier stark verwässert und mit einem Zusatz von fremdem Spiritus und billigem Lumpenzucker vermischt. Die Kohlensäure als der unruhige, treibende Geist des Stückes entweicht sehr schnell, da sie künstlich von außen hineingepumpt worden ist, und übrig bleibt ein fades, abgestandenes Getränk, das man aus Höflichkeit gegen den Wirt hinunterschluckt, mit dem unangenehmen Vorgefühl einer Magenverstimmung für den nächsten Morgen. Der verdächtige Pantsch wurde von den Schauspielern mit der besten Laune serviert, und wenn Fräulein Witt und Fräulein Clemens das schäumende Glas kredenzten, so glaubten viele, wirklich Champagner getrunken zu haben.«

Das war abgeschmackt. Aber Herr Kalbeck, der reicher an Bildern ist, als man denkt, beweist am nächsten Tage, daß man Schwänke des Herrn Triesch nicht nur mit Weinen, sondern auch mit Fischen vergleichen könne, und apostrophiert ihn also:

> »Ihr sogenanntes Lustspiel war nicht Fleisch, nicht Fisch, oder doch beides zugleich; dafür hieß es auch 'Die Nixe'. Ich beschwor Sie damals, kein solches Zwittergeschöpf wieder in die Weit zu setzen, und da ich Ihnen und Ihrem Talent alles Gute zutraute, so hoffte ich, Sie würden Ihren Verehrern bald das vollsaftige, heitere Stück auftischen, das wir von Ihnen erwarteten. Sie sollten sich für Fleisch entscheiden, und Sie entschieden sich für Fisch. Ihr 'Liquidator' wäre in der Tat ein sehr munterer Hecht gewesen, wenn nicht Sie und die Schauspieler ihn für einen frommen Karpfen angesehen hätten.«

Herrn Kalbeck ist also, wie man sieht, angesichts des »Komplott« der Appetit nicht vergangen. Herr Triesch selber hat — in seinem noch weitaus dümmeren Antwortschreiben — Herrn Kalbeck das sicherlich begründete Kompliment gemacht, daß er, auch wenn er das mißlungenste Stück bespreche, es nie als willkommenes Gerüst benütze, um daran das Feuerwerk seines Geistes abzubrennen ... Somit hätte Herr Triesch am Ende doch Humor?

* * *

[Die Kunstwanderungen]

Daß man sich zu wohltätigem Zwecke vergnügt, das ist, weil nun einmal das Vergnügungsbedürfnis allgemeiner und stärker ist als der Wohltätigkeitssinn, eine löbliche Sache. Lächerlich ist es nicht, daß sich Leute zu Gunsten der »Lucina« unterhalten, sondern nur, daß es sie unterhält, Frau Auspitz Tee einschenken und Herrn Auspitz Tee trinken zu sehen. Daß vollends ein edleres, etwa ein Kunstinteresse zu wohltätigem Zweck befriedigt wird, welches Satirikers Hohn sollte sich dadurch gereizt fühlen? Keines — aber doch der Hohn eines Redakteurs der 'Arbeiter—Zeitung'. Denn der weiß erstens ganz genau, daß es wichtigere als Kunstinteressen gibt und daß die Leute; die gegenwärtig Kunstwanderungen durch Wien veranstalten, besser täten, statt der Palais Lanckoronski und Auersperg die »Stätten des Elends«

aufzusuchen, statt der vielverschlungenen Pfade der Wiener Kunstentwicklung etwa die Wege eines Kanalstrotters, die Herr Max Winter jüngst so anziehend geschildert, zu verfolgen. Und der Redakteur der 'Arbeiter—Zeitung' weiß zweitens auch, daß nicht alle Kunstwanderer Kunstfreunde sind, daß mancher nicht sehen, sondern gesehen werden will. Was weiter? Muß die Hofrätin Gomperz, um für die Veranstaltung der Kunstwanderungen von der 'Arbeiter—Zeitung' Pardon zu erhalten, wirklich erst, wie sie's am 25. Februar tat, versichern, daß sie auch die Wohnungen der Armen kennt, und hätte sie etwa den Leuten, die ihr Kunstverständnis nicht nachweisen können, die Karten für die Kunstwanderungen verweigern sollen? Auch die 'Arbeiter—Zeitung' veröffentlicht bekanntlich Kritiken über Kunstausstellungen und weiß gar wohl, daß diese Ausstellungen verödet wären, wenn sie nur von verständigen Kunstliebhabern besucht würden. Der Kunstsinn dünkt ihr also nichts Verwerfliches, und das Erheucheln des Kunstinteresses ist, weil die Künstler davon leben müssen, nützlicher als die Interesselosigkeit. Der Hohn trifft nur den Wohltätigkeitszweck. Daß der einmal zu Mitteln greift, die er nicht erst zu heiligen braucht, das ist neu — und darum findet es der Unverstand der sozialen Phrase komisch. +

ANTWORTEN DES HERAUSGEBERS

[Zur Affäre Lobmeyr]

Parlamentarier. Herrn Lobmeyr ist zweifellos Unrecht geschehen. Denn man konnte dem als Großindustriellen, Gastgeber und auf zehn Millionen geschätzten Mann wirklich nichts anderes nachsagen als höchstens das eine: daß er eine Viertelmillion zu oft, nämlich dreimal verwendet hat; für die Armen, zur Bekundung seiner lokalpatriotischen und dann noch seiner dynastischen Gesinnung. Herr Lobmeyr hatte als guter Wiener der Stadt Wien eine große Summe gespendet, aus der im Jahre 1900 eine Stiftung aktiviert werden sollte. Aber da kam das Jahr 1898 mit dem Kaiserjubiläum, der Kaiser wünschte, daß es durch Akte der Humanität gefeiert werde, und Herr Lobmeyr verwertete jene Summe für eine Stiftung, die den kaiserlichen Namen erhielt. Könnte man darum etwa Herrn Lobmeyr ein klein wenig Eitelkeit und Geschicklichkeit vorwerfen? Daß er beidemal, da er sich als liebevollen Sohn seiner Vaterstadt und da er sich als loyalen Untertan gezeigt hat, nichts zu »erschwindeln « hatte, ist gewiß: denn Herr Lobmeyr hat von der ersten Stadt des Reiches und ihren liberalen Verwesern schwerlich so niedrig gedacht, um ihnen zuzutrauen, daß sie das Ehrenbürgerrecht verkaufen, und er hat für die loyale Widmung, die von seinen parlamentarischen Freunden neulich als eine Wohltätigkeitsstiftung gepriesen wurde, kaum höheren Dank als den erhoffen können, den er längst geerntet hatte, die Berufung in's Herrenhaus. Immerhin, die Zurückziehung der Spende, die ja eine persönliche Spitze gegen den antiliberalen Bürgermeister hatte, war ein stärkerer Affront als die Interpellation des Dr. Lueger, und die Terminologie der Parteiagitation ist bei uns längst dem Bereiche des Beleidigungsparagraphen entwachsen. Die liberale Entrüstung war billig wie die Argumente der Zuschrift, die Herr Lobmeyr selbst an die Zeitungen sandte. Das dem alten Manne zugefügte Unrecht hätte lauter für sich gesprochen, wenn er den geschmacklosen Freunden seine Mißbilligung bezeugt hätte. Gegen seine Tadler wird Herr Lobmeyr sich leichter schützen können als gegen seine Lobmeier, deren Pathos immer nur den

Dank für genossene Tafelfreuden verriet und mehr nach Speisenresten als nach Überzeugung riecht. — Daniel Spitzer, der die liberale Sache bitter ernst und die liberalen Personen satirisch nahm, schrieb, als Herr v. Schönerer in die Nachtredaktion des 'Neuen Wiener Tagblatt' eingedrungen war, im Jahre 1888 das folgende Zornwort:

> »Die 'antiliberale Liga', diese hochherzige Vereinigung, welche den Anhängern aller Parteien, wenn sie nur aufrichtige Gegner der Freiheit, des Fortschrittes und der Aufklärung sind, ihre Arme öffnet, tritt immer drohender auf. Immer lauter wird der Lärm und immer erbitterter der Kampf gegen die Gerechtigkeit, die Gleichheit vor dem Gesetze und die Duldsamkeit, kurz gegen alle die Irrtümer und Vorurteile, die wir schon mit der Muttermilch eingesogen haben. Aber sie werden nicht den Sieg über die Wahrheit davontragen. Ihre Wut begegnet unserer Ruhe, ihre unedle Gesinnung wird sich nicht lauter äußern als unsere Entrüstung, ihren Drohungen halten wir als Schild unser Recht entgegen, und man wird ihren Versicherungen keinen Glauben mehr schenken, ihr Schreien wird kein Echo mehr finden, und wir werden endlich mit größerem Rechte als sie ausrufen dürfen: Hinter uns stehen Millionen!«

Ausnahmsweise hatte ihm beim Schreiben der Leitartikler über die eine Schulter geguckt, und erst ganz zum Schluß beugte sich der Schalk über die andere. Mein Mißverständnis des Ausrufs ist gewiß im Sinne des Wiener Spaziergängers, und seinem heitern Andenken bringe ich es dar. »Hinter uns stehen Millionen!« Dies ist ein liberales Wahrwort, und etwas anderes hatte Herr Dr. Lueger in seiner Interpellation nicht behauptet. — Herr Jonas Weil ward ein Getreidewucherer genannt. Berechtigter wäre die Anklage gewesen, daß Herr Weil, der selbst kein Spekulant, sondern Effektivhändler ist, mit seinem Namen die ärgste Jobberei deckt und durch seinen Einfluß die Bestrebungen der Landwirtschaft hemmt. Immerhin hätten die deutschen Männer von der Fortschritts— und Volkspartei das Echauffement der Abwehr den Börseanern allein überlassen können. In welcher Welt lebt denn Herr Dr. Vogler, daß er durch die Aufzählung aller Ehrenstellen des Herrn Weil wirken zu können glaubte? »Er ist Vizepräsident der Frucht— und Mehlbörse, ist Handelskammerrat, kaiserlicher Rat usw.« Man denke nur! Aber der Fremdenblatt—Neumann ist Regierungsrat und der Länderbank—Hahn gar Hofrat: vor diesen Persönlichkeiten hat Herr Vogler wohl noch mehr Respekt? Oder verbindet der Führer der Fortschrittsmänner mit dem Titel »Kaiserlicher Rat« die Vorstellung von besonderem Einfluß bei Hofe? Das durfte sich bisher nur der Pariser 'Figaro' erlauben, der einst das Eintreffen eines Herrn Gottlieb, Vertreters von Versicherungs—Gesellschaften, aus Wien unter dem Hinweis auf seine politisch hervorragende Stellung als »conseiller impérial« pompös verkündet hat [1]. Die Verteidigung des Herrn Jonas Weil ist dort am Platze, wo der Fortschritt ohne Deutschtum gepflegt wird, also auf der Getreidebörse. Dort berührten die »Ovationen« für den Angegriffenen sympathisch, und selbst den Ausruf, den der Vorsitzende eines Meetings protestierender Terminhändler tat, konnte man begreiflich finden: »Der stattliche Besuch der Versammlung beweist, daß die Besucher der Produktenbörse die gesunde Empfindung für Ehre haben!«

[Ein leider unausführbarer Vorschlag]

Herrn Bürgermeister Dr. Karl Lueger. Leider ist der Vorschlag der Ausweisung jener Wiener Korrespondenten fremder Blätter, die im Auftrage der

1 s. Heft 57 # 15

liberalen Clique die Typhuslügen der 'Neuen Freien Presse' im Ausland verbreiteten, um so den längst ersehnten »mangelnden Fremdenverkehr« endlich einmal zur Tatsache zu machen, durchaus undurchführbar. Sie vergaßen, daß die Herren, die für reichsdeutsche Blätter »arbeiten«, nicht Reichsdeutsche — die taktlosen Mißbrauchs der Gastfreundschaft nie fähig wären — sondern »Wiener« sind, die in den heimischen Redaktionsstuben sitzen. Das einzige, was sich da erreichen ließe, wäre also die Ausweisung nach Ungarn. So unzutreffend nun auch das Beispiel des aus Paris entfernten Herrn Frischauer war, so wenig brauchen Sie sich durch die dreiste Entgegnung der 'Neuen Freien Presse' einschüchtern zu lassen, die Ausweisung ihres Pariser Korrespondenten sei nur eine Maßnahme der »klerikalen« Regierung gewesen und »die nächste Regierung« habe »sich beeilt, Frankreich von dem Odium zu entlasten«. Welch ein Odium! Aber der nächsten Regierung ist es nicht eingefallen, Frankreich davon zu entlasten. Leider blieb Frankreich — gegen den Willen der Regierung und trotz dem Widerstreben des Marquis Reverseaux in Wien — nicht von Herrn Frischauer entlastet. Ich habe die Geschichte in Nr. 64 ausführlich erzählt [1]. »Die Regierung«, hieß es dort, »hat dem Ausgewiesenen die Erlaubnis zur Rückkehr keineswegs erteilt. Er hat sich auch nicht, wie jetzt jeder Leser vermuten wird, auf eigenes Risiko über die Grenze vorgedrängt. Berthold Frischauer, der Korrespondent der 'Neuen Freien Presse', ist ausgewiesen, Berthold Frischauer, DIE DER ÖSTERR.—UNGAR. BOTSCHAFT ATTACHIERTE HILFSKRAFT, darf auf französischem Boden weilen und wirken. Die österr.—ungar. Botschaft hat den Herrn unter ihre Fittiche genommen, Graf Wolkenstein protegiert ihn persönlich, und als einem der Botschaft attachierten Journalisten darf ihm kein Haar gekrümmt werden.« Die Person des Herrn Frischauer ist jetzt in anderem Sinne »exterritorial« und repräsentiert vor Frankreich nicht mehr bloß das Ansehen der 'Neuen Freien Presse', sondern auch das Ansehen Österreich—Ungarns. Graf Wolkenstein drängt der Republik einen gehässigen und feindlichen Reporter als Diplomaten auf. Meine Mitteilung in Nr. 64 stammte aus unbedingt verläßlicher Quelle; heute kann ich hinzufügen, daß die »Rückberufung« des Herrn Frischauer mit der Anspruchslosigkeit zusammenhängt, mit der er — im Gegensatze zu Herrn Szeps — Briefe einer höchsten Persönlichkeit rückerstattet hat. Ich hatte an jene Mitteilung, die, wie ich damals schrieb, »jeden für das Ansehen dieses Staates im Ausland Besorgten mit Kummer und Scham erfüllen muß«, die Bitte geknüpft, unsere Pariser Botschaft oder das Ministerium des Äußern möge mir eine amtliche Berichtigung zukommen lassen, die kein Beweis für die Unrichtigkeit meiner Behauptungen, wohl aber ein Beweis dafür wäre, »daß man die Verpflichtung zur Scham erkannt hat und bemüht ist, das Ärgernis wenigstens vor dem Inlande zu verbergen«. Die amtliche Berichtigung ist nicht eingelangt ... Als Bürgermeister von Wien steht Ihnen auf die Luftveränderungen des Herrn Frischauer keine Ingerenz zu. Aber als Reichsratsabgeordneter könnten Sie dafür Sorge tragen, daß Graf Goluchowski in den nächsten Delegationen über diese merkwürdige Geschichte Rede und Antwort stehe.

[Die Telefonmisere]

Telefonaspirant. Das österreichische »Wir können warten« muß namentlich auf dem Gebiete des Telefonwesens beherzigt werden. Sie warten nun schon das dritte Jahr und sind noch immer nicht in der Lage, dem Handelsminister telefonisch Ihre Indignation auszusprechen. Darum senden Sie mir einstweilen einen Bericht über die Versammlung der Wiener Telefonmalkontenten, die kürzlich Herr Victor Silberer einberufen hatte. Herr Silberer ist als Parlamentskandidat von der 'Fackel' nicht ganz ernst genommen worden,

1 # 11

aber sein Referat in der Telefonversammlung enthielt ein paar bemerkenswerte Stellen. Wir erfahren, daß sich in Wien ein förmlicher Telefonhandel entwickelt hat, eine Agiotage, die vom Handelsministerium künstlich gezüchtet werde. Es gibt Leute, die ein Geschäft daraus machen, sich ein Telefon zu verschaffen und nach einigen Wochen um mehrere hundert Gulden zu verkaufen. Wessen Gesuch von der Behörde zum so und sovielten Male abschlägig beschieden wurde, wird nicht erfolglos die Inseratenspalten der Zeitungen durchsuchen. Herr Silberer sagte ferner: »Ich spreche meinen verbindlichsten Dank der Wiener Presse ohne Unterschied der Parteirichtung aus. Nur ein Organ hat in dem Momente, als es gehört hat, daß der Name Silberer mit der Sache in Verbindung sieht, kein Wort mehr gebracht. Das ist die ehrenfeste 'Neue Freie Presse' (Pfui—Rufe), der ich neuerdings wieder meine tiefste Verachtung ausspreche, die sich die Herausgeber derselben persönlich nehmen können.« (Lebhafter Beifall) [1].

[Ein Revolverjournalist vor Gericht]

Prager Leser. Einem Ausschnitt des 'Prager Tagblatt', dessen Leser bekanntlich keine Antisemiten sind, entnehme ich die Schilderung eines interessanten Kriminalfalles. Vor dem Schwurgericht standen ein Revolverjournalist namens Navratil und dessen Schüler und Helfer. Über ihre Tätigkeit urteilt der Gerichtssaalbericht folgendermaßen:

> »Es muß nicht besonders hervorgehoben werden, daß die Inserate in den 'Smichovske Listy' ganz wertlos waren. Wenn der Abonnent das Blatt urgierte, von dem er überhaupt nie eine Nummer zu Gesicht bekommen hatte, suchte der Herr Redakteur aus einem Haufen Makulaturen irgendeine oft Monate alte Nummer seiner Zeitung heraus und sendete sie dem ungeduldigen Leser ein. Seine politische Gesinnung wechselte er alle Tage, aber sein Steckenpferd war der Philosemitismus. Auf diesem Gebiete errang er seine schönsten Erfolge.« ....
>
> »Sehr anstellig zeigte sich der dritte Mitarbeiter der Ausbeuterkompanie, der Raseurgehilfe Gottlieb Matousek. Dieser war Spezialist des Philosemitismus. Er verfaßte ein Gedicht: 'Jsem zid!' ('Ich bin ein Jude!'), ließ es fein säuberlich absetzen und schickte es an reiche Israeliten, von denen er sich ein schönes Sümmchen, mindestens 1000 Kronen, erbettelte. Er gab auch seinem Entschlusse Ausdruck, selbst zum mosaischen Glauben überzutreten. « ....
>
> »Auf Geschäftsleute ging Navratil direkt mit dem Revolver los. Da ein Brauer aus der Umgebung von Prag mit Geldern nicht mehr herausrücken wollte, schrieb der Tüchtige sofort einen Brandartikel gegen das Bier des armen Sünders und machte es nach allen Regeln der Kunst schlecht.«

Man gedenkt unwillkürlich der Angriffe auf das »Wiener Brauhaus«, dessen Bier noch nicht und dessen Geld offenbar nicht mehr fließt. Am hübschesten aber und für Wiener Leser beziehungsreichsten ist der folgende Dialog aus der Verhandlung: Staatsanwalt: »Es ist erwiesen, daß Sie kaum lesen und schreiben können, nun zeigt es sich auch, daß Sie keine drei Sätze zusammenhängend zu sprechen vermögen, wie wollen Sie da den 'Ruch Lidu' redigieren?« Schwarz: »Das Blatt redigierte die Druckerei, Pardon, der Korrektor.«

[Achtung!]

---

1 Die guten Leute konnten noch nicht wissen, wie es einstens im zehntstärksten Industrieland der Welt (bitte nicht lachen: der **DDR**) sein sollte. Alle Anträge wurden entgegengenommen und bekamen dann 10 Jahre oder lebenslänglich aufgebrummt.

»Technischer Impresario.« Die Société des inventions Jan Szczepanik & Co. beabsichtigt auf Grund eines fragwürdigen Kohle—Sparapparates »Caloridul« eine Aktiengesellschaft (Tochtergesellschaft) zu gründen, deren Gründungsprospekt den Reingewinn sogar bis auf 1/100 % genau feststellt mit: 41.66 %. Achtung! Wenn für die Verwertung jeder der Erfindungen, die Herr Szczepanik bereits gemacht hat, eine Tochtergesellschaft gegründet würde, so hätten wir es mit einer österreichischen »Treberei« zu tun. Es ist daher notwendig, schon schüchterne Anfänge zu beachten, die solange noch ungefährlich sind, als sich keine Moriz Bauer und dergleichen Leute an die Spitze stellen.

[Kein Bündnis zwischen Sozialdemokraten und Liberalen!]

Socialdemokrat. Die 'Arbeiter—Zeitung' warf am 16. Februar den liberalen Blättern vor, daß sie aus der Debatte über Herrn Dr. Luegers Interpellation »nur die Genugtuung für Herrn Lobmeyr hervorgreifen«. Damit war nicht etwa gemeint, daß die liberale Journalistik die Genugtuung, die auch der Präsident der Getreidebörse empfand, nachdrücklicher hätte betonen sollen. Sie hat vielmehr den Anteil der Sozialdemokraten an der Debatte nicht entsprechend gewürdigt. Bloß das 'Neue Wiener Tagblatt' machte eine Ausnahme und überschüttete die Genossen Pernerstorfer und Schuhmeier mit Kübeln Lobes. Und die 'Arbeiter—Zeitung' war glücklich und zitierte den Artikel des Steyrermühlblattes. Gleich daneben aber versicherte sie, es sei eine »alberne Rederei«, wenn man von einem »Bündnis der Sozialdemokraten und Liberalen« spricht ...

[Honorar und Ehre]

Frl. L. B. Ihre Befürchtung, ich könnte einem der düstersten Montagsblättchen »freundlich gesinnt« sein und darum Ihre Beschwerde ad acta legen, ist beinahe beleidigend. Dennoch will ich, und weil ich nach Ihrer freundlichen Ansicht nun einmal dazu berufen bin, Rat und Hilfe in komplizierten Fällen zu erteilen, Ihr Schreiben nicht unbeantwortet lassen. Es ist klar, daß Sie in Ihrer Honorarangelegenheit höchstens gerichtlich (vorerst durch das Schreiben eines Advokaten) etwas durchsetzen könnten, da ja, wie sich herausgestellt hat, das Blatt freiwillig nicht zahlt. Aber der Erfolg ist zweifelhaft. Sie hatten es bei der Einsendung des Feuilletons unterlassen, ein Honorar zu bedingen, und Ihr Glaube, daß »man« den »üblichen Preis« bezahlen würde, ist kein Rechtsanspruch. Einen »üblichen Preis« gibt es bei derartigen Blättern überhaupt nur für »Texteinschaltungen« und Annoncen; und der wird DEM BLATTE bezahlt, nicht umgekehrt. Die Belletristik ist bereits Luxus, wenn sie nichts EINTRÄGT ... Sie werden sich mit der EHRE begnügen müssen, an solcher Stelle mitgearbeitet zu haben.

[Johann Strauss' Einzug und Charles Weinbergers Abzug vom Hofopernhaus]

Musiker. Es ist ein alter Irrglaube, daß der Dilettantismus die Kunst erschlägt. Seufzend bekannte neulich ein erfahrener, im Instrumentieren fremder Operetten bewährter Kapellmeister: »Wenn's keine Dilettanten gäbe, könnten die Talente nicht leben! ... « Ob Herr Charles Weinberger heute noch außer Hause arbeiten läßt und wer die Heimarbeiter seiner Operetten sind, weiß ich nicht. Am Ende bloß die Spatzen, die seine Melodien vor jeder Erstaufführung von den Dächern pfiffen, und die Leierkastenmänner, die sie in den Höfen der Häuser spielten. Welches Übermaß der Popularität! Neulich SUMMTEN die Premierenleute des Deutschen Volkstheaters in der Zwischenpause des »Spatz« (Jauche von Buchbinder, Musik von Weinberger) das Entreelied des Titelhelden: »Herr Spatz, Sie Spatz, gehn's kommen's her!« Kaum vergnüglicher hatten sie vor zwanzig Jahren gesummt, als in der Premiere des »Lustigen Krieg« das Lied »Ein Pfiff, ein Schuß, ein kleiner Schreck« aufwir-

belte. Da somit Herr Weinberger Wirkungen erzielt, deren sich einst ein Johann Strauss rühmen durfte, ist es begreiflich, daß er auch den Ehrgeiz hegt, seinen »Einzug ins Hofopernhaus« zu erleben oder wenigstens von Opernsängern aufgeführt zu werden. Aber so notleidend ist der Pensionsfonds nicht, daß er sich von Herrn Weinberger aufhelfen lassen müßte, und der Meister, der die Aufführung seiner »Ulanen« oder seines »Schmetterling« für 1000, sage tausend Kronen — also beinahe zum Selbstkostenpreis — durchsetzen wollte, holte sich bei der Direktion trotz seiner Begabung und beim Obersthofmeisteramt trotz seiner Noblesse einen Korb. Bekümmert schlich Herr Weinberger — seine Abweisung sollte keine Theaternotiz der ihm väterlich gesinnten 'Neuen Freien Presse' melden — von dannen und erkannte, daß es, wie überall im Leben, so auch für die Direktion der Hofoper nur auf den Namen, nicht auf den Inhalt einer Sache ankommt: Johann Strauss hat längst seinen Einzug in dies Haus gehalten, und er, der GANZ DIESELBEN Melodien geschrieben ...

[Eine Brandschatzung größten Stils]

Künstler. Hätte ich eine Ahnung von dem bevorstehenden Revolverattentat gehabt, ich hätte sicherlich rechtzeitig in der 'Fackel' ein Warnungssignal gegeben. Aber warum mußte sich Ihre Genossenschaft auch gar so willig ausplündern lassen! Jeder Mensch in Wien weiß, daß zu den beiden großen Festen, die in jedem Fasching veranstaltet werden, zu dem »Gschnasfest« und dem »Schützenkränzchen« für teures Geld Eintrittskarten nicht mehr zu haben sind, sobald die behördlich festgesetzte, dem Fassungsraum des Künstlerhauses entsprechende Zahl erreicht ist. Die Herren von der Zeitung und ihr familiärer Anhang kommen doch hinein! Der Reinertrag fließt dem Pensionsfonds der — Künstlergenossenschaft zu. Die Männer der öffentlichen Meinung kriegen dennoch so viel Karten, als sie »brauchen«, und wo die Angehörigen der »großen« Tagesblätter bloß ihren Willen mit einigem Nachdruck betonen müssen, scheuen die kleinen Montagspiraten vor Gewalt nicht zurück, um die Deckung ihres Bedarfs zu erzielen. In früheren Jahren ist es sogar vorgekommen, daß der oder jener unter den öffentlich Meinenden seine gratis erstandene Karte um 50 Gulden, also mit einem 400prozentigen Aufschlag zum nachgelassenen Kassenpreis, weitergegeben hat. Die überwiegende Anzahl ist indes ehrlich und braucht die Karten für sich oder höchstens für den Schneider, der mit einer Forderung dräut. Die Karten lauten auch nicht mehr auf den Namen des Herrn Redakteurs, sondern des Blattes und werden — ein typischer Fall von lucus a non lucendo [1] — als »Ehrenkarten« ausgestellt. Auf jede dieser Karten können vier Personen »gehen«. Überblickt man die Reihe der Wiener Tagesblätter und bedenkt man, daß die 'Neue Freie Presse' allein — sie soll diesmal bescheiden gewesen sein — 16 Karten erpreßt hat, so kann man wohl annehmen, daß in jenen beiden dem Frohsinn und dem Pensionsfonds der bildenden Künstler gewidmeten Festen 400 Menschen kostenlos die Luft verschlechtert haben, wofür sie sonst — für anständige Leute kostet nämlich die Karte 10 Gulden — 4000 Gulden hätten zahlen müssen.

Berichtigung.

In Nr. 93 lies auf S. 32, Zeile 17 von oben statt »*Philantropin*«: Philanthropin.

1 einer nicht verständlichen Ableitung

Herausgeber und verantwortlicher Redacteur: Karl Kraus.
Druck von Jahoda & Siegel, Wien, III. Hintere Zollamtsstrasse 3